Der Friede und die Parlamentarisierung Deutschlands.

Von **Martin W. Bethke.**

Ueber die noch immer hochgischtenden, donnernden Wogen des Weltkrieges wachsen wieder Brücken von Land zu Land. Hände strecken sich aus dem Dunkel von Haß und Lüge ins Licht der Wahrheit einander zu. Neben die politische tritt die große Internationale des katholischen Glaubens und die Botschaft des 260sten Nachfolgers Petri verkündet — wie der Kanon der Kirche — „quod ubique, quod semper, quod at omnibus creditum est" — und was die Sehnsucht einer leidenden Welt bildet: baldigen Frieden.

Louis Napoleon träumte einst davon, hundert Millionen Katholiken Frankreichs, Oesterreichs und Italiens wider Preußen zu Feld zu führen und die Welt zu beherrschen. Benedikt XV. will als Lehrer, Priester und Hirt seiner 275 Millionen Gläubigen die Menschheit vom Fluch des Krieges erlösen. Und es ist merkwürdig, wie in der ernstesten Prüfungsstunde der Welt zwei einander feindliche Bewegungen, die nahezu gleichzeitig vor einem halben Jahrhundert aufstiegen und ein Weltbürgertum verkündeten, das alle nationalen Bande zu sprengen drohte, heute Hand in Hand die Führung aus dem gegenseitigen Bekämpfen zu einer Verständigung übernommen haben: die internationale Arbeitergemeinschaft und das Papsttum.

Verwirklicht sich der Traum Joseph de Maistre's von der katholischen Kirche als der Führerin zu jenem großen Weltbund der Menschheit, der heute Sehnsucht und Ziel aller Kreaturen ist? Richtet sich auf den Ruinen moderner Monarchien die mittelalterliche Theokratie von neuem auf? Sucht der fünfzehnte Benedict die von Leo XIII. nach seiner Encyclica gegen die Sozialisten in seinen letzten Jahren eingeleitete Annäherung an die Massen weiter auszubauen oder im Sinne der Worte „De civitatum constitutione christiana" den wankenden Bau des Gottesgnadentums durch einen schnellen Frieden zu stützen, weil die Interessen des Throns und Altars identisch sind?

Niemand vermag mit Bestimmtheit zu sagen, was die wahren Absichten des heiligen Vaters sind, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß nur das tiefe Mitgefühl mit einer leidenden Welt ihn zu diesem Schritte veranlaßt hat.

Was werden die Folgen sein? Seit dem Verlust der temporalen Gewalt ist die spirituelle des Papsttums unleugbar gewaltig gestiegen, hat der von kleinlichen Rücksichten auf weltlichen Landbesitz losgelöste Pontifex gegenüber den großen politischen Weltproblemen eine viel größere Bewegungsfreiheit als ehedem und mit seinen „Direktiven" denn auch in nahezu allen Ländern einen starken, stetig wachsenden Einfluß ausgeübt, vor einem Vierteljahrhundert in Frankreich zu Gunsten der Republik, heute, da die Ereignisse gezeigt haben, daß bürgerliche Republiken freigeistig sind und keine Autorität anerkennen, vielleicht wieder zu Gunsten einer starken Monarchie.

Auch ein Bismarck mußte nach Canossa, und wenn auch seinerzeit entgegen der Weisung aus der Engelsburg — „né elettori, né eletti" — Italiens Katholiken den Staat anerkannten und ihre Vertreter für die Kammer der Deputierten wählten, wenn auch 1866 entgegen dem von Rom aus in Wien geschürten Wahn preußische Katholiken auf die Truppen Seiner Apostolischen Majestät schossen, der vom Papst ausgehende Einfluß auf die Geschicke der Völker ist doch tief, nachhaltig und oft entscheidend.

Frankreich zählt 38, Oesterreich-Ungarn 36 Millionen Katholiken, Italien 32, Rußland 24½, Deutschland und 24, Nord-Amerika 14, England 5.6 und Süd-Amerika zusammen über 38 Millionen. Werden diese 212 Millionen Menschen dem von Rom aus ergangenen Winke folgen, oder weiter in engem Nationalismus sich gegenseitig um nie erreichbarer Ziele völkischen Ehrgeizes willen zerfleischen? Das ist heute die große Frage, und nach drei Jahren des fürchterlichsten, blutigsten Krieges, den die Welt je gesehen, dürfte ihre Beantwortung nicht mehr schwer fallen.

Die Majorität der Katholiken der Welt steht in ihrer „Friedenssehnsucht heute bereits hinter der Botschaft des Papstes und diese Sehnsucht wird sich unter dem Einfluß eines mächtigen, einigen Klerus langsam aber stetig zu dem festen Willen verdichten, der im Zusammengehen mit der sonst befehdeten roten Internationale, den von nationalen Schlagworten nicht geblendeten Menschheitsfreunden und den gleichfalls schwer unter dem Krieg leidenden Neutralen einen allen ehrenvollen Frieden erzwingt.

Die Richtlinien eines solchen Friedens hat Präsident Wilson als erster im Frühjahr 1916 mit seiner denkwürdigen Rede vor der „League to enforce Peace" entworfen. Sein Grundgedanke ist der einer wahrhaft demokratischen Gesinnung: daß die Völker an sich, ganz gleich wie groß die Schuld ihrer Regierenden an dem Ausbruch des Krieges ist, diesen Krieg nicht gewollt und nicht verursacht haben, daß ihnen also zu den furchtbaren Lasten und Opfern des über dreijährigen Ringens nicht noch neue aus den Friedensbedingungen erwachsen dürfen, sondern daß dieser bevorstehende Friede, soweit das möglich ist, wenigstens für die Zukunft den Massen des Volkes die Bürde erleichtern muß, indem er

1. jede Kriegsentschädigung ausschließt,
2. einen Wirtschaftskrieg nach dem politischen Kriege verbietet,
3. die finanziellen Lasten durch teilweise Abrüstung etc. vermindert,
4. durch internationale Uebereinkommen, hinter denen nicht allein das Gewissen, sondern die Kollektivmacht der Welt steht, eine Wiederholung der gegenwärtigen Katastrophe verhindert.

Während die Anregungen Präsident Wilsons notwendigerweise etwas vage gehalten sein mußten, ist jetzt der Papst nach einer weiteren Klärung der Lage kraft seiner Freiheit von politischen Rücksichten mit detaillierten Friedensvorschlägen hervorgetreten. Sie legen beiden Seiten Verzichte auf und verheißen beiden Seiten Gewinne. England gewährt die Freiheit der Meere und erhält sie in der künftigen Sicherheit seines Handels gegen Tauchbootangriffe. Deutschland gewinnt seiner Wirtschaft freie Ausfalltore nach den Enden der Welt, schafft sich das Mitteleuropa seiner Bestimmung, sichert die Ostgrenze durch ein selbständiges Polen und soll dafür im Westen alten Sehnsuchten Frankreichs in gewissem Umfange Rechnung tragen. Frankreich verzichtet auf den Revanchetraum und den Wirtschaftskrieg gegen Grenzregulierungen, die es eventuell noch durch Konzessionen in Afrika bezahlt. Rußland erhält durch die Internationalisierung der Meerengen Konstantinopels den immer offenen Zugang zum Weltverkehr und gewährt seinen Fremdvölkern Autonomie. Oesterreich-Ungarn wird die Vormacht am Balkan und opfert dafür, was es Italien schon in den 60er Jahren bei den Verhandlungen zwischen Beust, Rouher und Manabrea und wiederum vor zwei Jahren freiwillig als Preis der Neutralität zu geben bereit war. Amerika aber gewinnt, was allein von Anfang sein Ziel war, Gewähr und Sicherheit gegen eine Wiederholung des Weltkrieges, allgemeine teilweise Abrüstung und die Bildung eines internationalen Gerichtshofes zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Völkern.

In den von Haß und Pulverrauch blinden Augen der Kombattanten wird allerdings das Opfer weit das zu Gewinnende überschatten. Schon kommen von London, Paris und von anderswo die Stimmen, daß es ein deutscher Friede sei, den der Papst anstrebe, und insofern die Rückkehr zum status quo ante bellum, die Rückgabe alles deutschen Bodens gegen den von den Zentralmächten in Feindesland gehaltenen, die Freiheit der Meere und das Verbot eines Wirtschaftskrieges in Betracht kommen, hat man Recht, denn das war das Ziel Deutschlands und seiner Verbündeten von Anfang an, das war der Sinn des deutschen Friedensangebotes im letzten Dezember und der spezifiziert durch den Grafen Bernstorff im Januar Präsident Wilson überreichten Friedensbedingungen, der Sinn der in der Staats-Zeitung veröffentlichten Weihnachtsbotschaft des deutschen Vertreters in Washington und auch der Sinn der kürzlichen Antrittsrede des neuen deutschen Reichskanzlers Michaelis.

Allerdings enthielt seine Rede diese Bemerkung: „Mit einem Gegner, der Reichsgebiet fordert, können wir nicht verhandeln. Wenn wir Frieden machen, müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des deutschen Reiches für alle Zeiten sicher gestellt sind." Aber daran knüpfte sich jene verheißungsvollere andere: „Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleiches die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren." Und wenn auch die gesamte Nation mit Einschluß der Sozialisten gestützt auf ihr historisches Recht einig scheint in dem Gedanken, daß es eine elsaß-lothringische Frage nicht gibt, mag man doch durch kleine Grenzregulierungen, die nicht das Wirtschaftsleben Deutschlands bedrohen und durch Gewährung einer Autonomie für die Reichslande im Rahmen des Bundes Entgegenkommen zeigen, um einen dauernden künftigen Frieden zu sichern.

Was Bismarck 1870 auf unzureichende französische Friedensvorschläge dem britischen Botschafter Sir Edward Malet antwortete: „Dies ist der 27. Krieg, den im Laufe von 200 Jahren die Franzosen gegen Deutschland geführt haben, und würde jetzt ein Friede geschlossen, der den Franzosen ihr bisheriges Gebiet beließe, so wäre dies einfach ein Waffenstillstand, der nicht länger dauern würde, als bis sie die Lücken ihrer Streitkräfte ergänzt und Verbündete gefunden hatten" — hat heute keine Geltung mehr. In einem letzten, großen, heroischen Aufflammen hat Frankreich seine Volkskraft eingesetzt und verzehrt gesehen, und Jahrzehnte werden vergehen, bevor die heutigen Wunden notdürftig vernarbt sind. Der Weltfrieden aber wäre gesicherter, könnte Deutschland durch Großherzigkeit wie 1866 Oesterreich so diesmal den „Erbfeind" im Westen sich versöhnen und für die gemeinsamen europäischen Ziele gewinnen.

Wilhelm I. klagte in jenen Julitagen nach Königgrätz, daß sein Ministerpräsident ihn vor dem Feinde im Stich gelassen und so, da auch der eigne Sohn sich für die Pläne Bismarcks erklärte, gezwungen habe, „nach den glänzenden Siegen der Armee diesen ... unachtvollen Frieden anzunehmen." Aber hat die Geschichte dem Weitblick des eisernen Kanzlers nicht Recht gegeben und wäre bei aller zugestandenen Verschiedenheit der Lage und des in Betracht kommenden Volkscharakters nicht vielleicht auch mit Frankreich eine Verständigung, die alte Wunden heilt, möglich und segensreich?

Allerdings am Kronprinzen hätte der neue Kanzler heute für solche Pläne kaum einen Halt. Vielleicht aber beim Kaiser, der weitblickender ist als sein Großvater und sich auch in der Verfassungskrise entschlossener gezeigt hat als sein Vorfahr zur Konfliktszeit, da Bismarck ihn am Portepee fassen und erinnern mußte, daß der Tod auf dem Schaffott ebenso heldenhaft sei, wie der auf dem Schlachtfeld, weil man beidemal sein Leben für eine Sache, die den Preis wert, einsetze.

Auch jenes andere Wort Bismarcks, daß ein neuer Krieg die Vernichtung Frankreichs oder Deutschlands bringen müsse, gilt nicht mehr, da beide Seiten sich diesmal, Frankreich allerdings unter furchtbaren Opfern, behauptet haben. Drei Jahre Kampf gegen eine Welt von Feinden haben Deutschland nicht niederzuwingen vermocht. Der Koloß, dessen Füße nach dem Wunsch Pius des Neunten ein Stein von oben zerschmettern sollte, steht noch immer, aber auch der wahnsinnige Traum einiger Pan-Germanisten hat sich nicht erfüllt. Schild an Schild, zu Tode erschöpft aber aufrecht und unbesiegt stehen sich beide Seiten gegenüber. Soll weiter auf eine Entscheidung gewartet werden, während Europa sich langsam verblutet oder gibt es einen Weg zur Verständigung zu einem Frieden mit Ehren für alle Parteien?

Die Botschaft des Papstes sucht diesen einzigen Weg zu weisen und die nächsten Wochen müssen lehren, ob man ihn gehen will. Deutschland und Oesterreich, heißt es, seien bereit, allerdings sicher mit Einschränkungen, die Entente aber gestützt auf Amerika, will angeblich von Frieden nichts wissen und erhofft einen Sieg im Verlauf des kommenden Jahres. Der Ehrgeiz der Ver. Staaten meldet sich und verlangt Betätigung amerikanischer Kraft, bevor an Frieden gedacht werden kann. Unverantwortliche reden von einer persönlichen Animosität des Präsidenten gegen die deutsche Regierung und daher der Unmöglichkeit, ihn zu einem Verständigungsfrieden zu bewegen. Man wolle den Kopf des Kaisers.

Natürlich ist das albernes Geschwätz. Wegen persönlicher Antipathien opfert ein Mann wie Wilson nicht das Blut von Millionen, aber das mag wahr sein, daß man hier kein Vertrauen zu Deutschlands gegenwärtiger Regierung hat und als Preis des Friedens einen Wechsel verlangt, einen Wechsel, der gleichzeitig auf einem andern Wege das Ziel der Entente, Deutschlands enorme Macht für die Zukunft zu schwächen, näher bringt. Denn darüber braucht man sich keiner Täuschung hinzugeben, daß eine Parlamentarisierung Deutschlands im englischen Sinne seine wirtschaftliche und politische Schlagkraft schwächen, die Stetigkeit seiner Politik aufheben und das Reich den selbstischen Interessen der verschiedenen Parteien ausliefern würde.

Die militärische Vernichtung Deutschlands ist bis jetzt nicht gelungen, die Bildung eines starken Mitteleuropa läßt sich nicht mehr verhindern, weil sie auf der Linie der logischen, naturnotwendigen Entwickelung liegt, bleibt also nur als einzigste Hoffnung, Zwietracht im Innern, ein Verzetteln der Kräfte, Partei gegen Partei und das Ziel, das sich Deutschland gesetzt, rückt in weitere Ferne.

Diese Gefahr hatte man drüben erkannt und sie beschwor die jüngste schwere innere Krise in der Reichsleitung herauf.

Dies scheint ihr Sinn: daß an der Spitze ein Mann stand, der weit davon entfernt, ein Unverantwortlicher zu sein, an einem Uebermaß von Verantwortlichkeitsgefühl krankte, in jeder Frage zwei Seiten sah, das Ziel richtig erkannte, fortschrittlich im Lauf der Zeiten sich zu einem echten Liberalismus durchgerungen, die abseits stehende große Partei der Sozialisten zu positiver Regierungsarbeit herangezogen hatte, aber die angeborene Farbe der Entschließung sich stets von des Gedankens Blässe ankränkeln ließ, alle versöhnen wollte und dadurch alle verfeindete, als Wahrheitsfanatiker in den Verdacht der Doppelzüngigkeit kam, wie Schmoller ihn nannte, Fabius Cunctator, der große Zauderer, in einer Zeit war, die nach Taten verlangte.

Wie weit diese unselige Veranlagung des „Philosophen von Hohenfinow" bereits zu Beginn des Krieges in die Erscheinung trat und den Lügenfeldzug gegen Deutschland ermöglichte, wird eine spätere Zeit entscheiden, daß aber dies selbe Zaudern, dies selbe Zurückschrecken vor einem offenen Farbebekennen, dies selbe Schwanken zwischen der öffentlichen Meinung daheim und jener im Ausland, das Hinziehen von Krisen, wo ein schneller Schritt, eine offene Aussprache Hülfe gebracht hätten, den unglückseligen Ausgang der deutschen Amerikapolitik mit verschuldet hat, das soll hier aus der Kenntnis der Ereignisse offen zugegeben werden. Während man hier alles tat, um Präsident Wilson für die Friedensvermittelung zu gewinnen, spielte man drüben den starken Mann, der den „Englandfreund" ablehne. Während man Gerard offiziös und offiziell bunte Redeguirlanden wand, verhandelte man insgeheim mit Mexiko jenen kindischen Plan eines Angriffs auf die Ver. Staaten. Während man in allen Noten beweglich und zwar berechtigt das Opfer schilderte, das man der Freundschaft der Ver. Staaten mit der Beschränkung des Tauchbootkrieges gebracht, erklärte nach der Entscheidung Bethmann, daß man auf den Augenblick nur gewartet, da man gerüstet war, zieh also offen Deutschlands Regierung der Unaufrichtigkeit und des Doppelspiels. Man hatte den wundervollen Mut zu jenem ersten denkwürdigen Friedensangebot und vertrocknete sich dann aus Furcht vor der öffentlichen Meinung daheim hinter Halbheiten, Phrasen, wo das Letzte-Konsequenzen-Ziehen zum Ziele geführt hätte.

Auch drüben hat man bereits begonnen, dies einzusehen und zu erkennen, daß das amerikanische Fiasko nicht dem Grafen Bernstorff zur Last gelegt werden kann, der weiß Gott einen zähen Kampf mit seiner Regierung geführt hat, sondern dem Regime Bethmann, das der Verleumdungs-Kampagne gegen Deutschland ja auch den „Fetzen Papier" geliefert hatte.

In Washington spricht man heute mit Bitterkeit über die Perfidie Deutschlands, das, während es scheinbar die Hand zum Frieden bot, heimlich die Waffe zu einem neuen Streich wider den Gegner schärfte. Ich möchte, was in jenen Januartagen geschah, anders deuten.

Die Alliierten hatten für den Frühling 1917 eine alles vorhergehende übersteigende große Offensive angekündigt. In Deutschland kämpften die Friedensfreunde unter Bethmann gegen die Kriegspartei, die zur Vereitelung des geplanten Offensivstoßes des Gegners den rücksichtslosen Tauchbootkrieg zu entfesseln gedachte. Bethmann, von Bernstorff beraten, sah die Gefahr und versuchte in einem letzten kühnen Zug der Welt den Frieden zu bringen. Die politischen Wahlen Amerikas verzögerten ein Vorgehen Präsident Wilsons, der allein den Vermittler zu spielen vermochte. Gedrängt von den Heißspornen verlor man in Berlin die Geduld, trat selbst mit einem Friedensangebot vor die Welt, zwang den Präsidenten damit zu einem Zug, der notgedrungen jetzt einen prodeutschen Schein annehmen mußte und löste jene Antwort der Entente aus, die alle Hoffnungen mit einem Schlage vernichtete. Die deutschen Friedensbedingungen, die Herr Wilson erhielt, waren maßvoll, eine Verständigung hatte möglich geschienen, aber die Bewegung war zu spät in Fluß geraten. Die einer Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gleichkommenden Bedingungen der Entente und gewisse Aeußerungen im Staatsdepartement zu Washington hatten der Kriegspartei in Berlin die Oberhand gegeben, wollte man die letzten Vorbereitungen für die geplante Offensive wirkungsvoll stören, mußte man schnell vorgehen, vor allem verhindern, daß die Diplomaten wieder die Frage verschleppten. So erzwangen Hindenburg und Ludendorff zur Sicherung deutscher Heere gegen Bethmann die Entscheidung, und während Präsident Wilson noch einen neuen Schritt im Interesse des Friedens vorbereitete, kam — als Schlag ins Gesicht — die Ankündigung des unbeschränkten Tauchbootkrieges. Eine unglückselige Verkettung von Umständen, nicht die mala fides des deutschen Kaisers und Kanzlers trieb zwei Völker in den Krieg, die bestimmt schienen, Seite an Seite für den Fortschritt der Menschheit zu wirken.

Dieses scheint mir aus einem intimen Miterleben der kritischen Zeit heraus die Erklärung für das Unerklärliche. Aber es ist eine Erklärung, die beiden Seiten Recht gibt und die tiefe Bitterkeit verständlich erscheinen läßt, die man hier ob der vermeintlichen Doppelzüngigkeit Bethmanns empfand, eine Bitterkeit, die wahrscheinlich auch den Frieden verhindert, bis man Gewähr hat, ihn nicht nur mit einer unverantwortlichen Regierung, sondern mit dem gesamten deutschen Volke schließen zu können.

Nicht Landerwerb und Entschädigung, sondern die Parlamentarisierung Deutschlands ist heute die Friedensbedingung der Entente und des mit ihnen verbündeten Amerikas. Und Deutschlands sechster Kanzler hat diesem Ziel in seiner Antrittsrede ein entschiedenes „Nein" entgegengesetzt. Abweichend von der Politik Bethmann Hollweg's, im Reich und in Preußen zwischen den Parteien das Schiff zu lavieren, scheint Michaelis nach dem von Bismarck oft erprobten Rezept arbeiten zu wollen, liberal fortschrittlich in Preußen, konservativ im Bund. („Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen!") Bereits krönt ein erster Erfolg seinen Kurs, die Sprengung des liberalen Blocks, von dem das Zentrum sich zurückzieht. Die „Germania" schreibt: „Was das Zentrum unter Parlamentarisierung versteht, heißt Herbeiführung einer innigeren Fühlung zwischen Regierung und Parlament unter Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs". Und der Traum eines verantwortlichen Ministeriums ist damit vorläufig vorbei. Man spricht von Aufhebung des Jesuitengesetzes, von einem Frontwechsel in der unglückseligen Polenpolitik. Das Zentrum regiert, und über Wien gewinnt man den Papst für eine neue Aufrollung der Friedensfrage.

Das ist der Schein. Man denkt an den dritten Napoleon, der zwischen Liberalismus und Autokratie hin und herschwankend, um seinem Sohne die Nachfolge zu sichern, der katholischen Macht hohen Preis zahlte, und fragt sich, wiederholt Aehnliches sich heute in Deutschland?

Wie damals klingen die Rufe von rechts und links:

„Friede und Freiheit, Krieg und Despotismus."

„Friede und Revolution, Kriegsruhm und Ordnung."

Wie damals in den Julitagen von '69 beantwortet man den Ruf nach Ministerverantwortlichkeit mit kleinen Geschenken, räumt im Staatsministerium auf, beläßt eine kleine Gruppe in ihrem Amt, besetzt den und jenen Posten mit einem liberaler Denkenden und beruft zwei Abgeordnete in die Leitung der Geschäfte. Die Parallele ist überraschend und die Beantwortung der Halbheit beidemal von Seiten des Liberalismus dieselbe: Kampf.

Wird Michaelis ihn, gestützt auf Zentrum und Rechte, aufnehmen können, darf er ihn aufnehmen angesichts der überall steigenden Not der Massen? Das ist eine Frage, die von hier aus nicht sich entscheiden läßt, weil man die Stärke der Opposition drüben nicht kennt. Nur auf das eine sei hier verwiesen, daß dieser Kampf ein nahezu ebenso alter ist wie der um die Reformierung des preußischen Wahlrechts, die jetzt endlich erfolgen soll.

Der leitende Gedanke in diesem Kampf ist, da der Kaiser unverantwortlich, eine Instanz zu schaffen, die dem Volk in seinen bestellten Vertretern Rechenschaft legt. Die Verfassung des Deutschen Reiches sieht allerdings vor, daß der Kanzler durch die Gegenzeichnung der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers die Verantwortlichkeit übernimmt, aber diese Verantwortlichkeit ist juridisch so wenig umschrieben, so vage, daß sie nicht als Handhabe für eine parlamentarische Regierung benutzt werden kann.

Das Reichstagswahlrecht ist das wertvollste Erbe der Frankfurter Nationalversammlung, der deutschen Einheitsbestrebungen, wie Bismarck sagte, und erfüllt in dem gleichen, direkten, geheimen Wahlmodus alle Forderungen wahrer Demokratie. Die Rückständigkeit der Wahlkreis-Einteilung, die infolge der Bevölkerungsverschiebung zwischen Stadt und Land einem Kreise mit 12,000 Bauern und Herren dasselbe Vertretungsrecht gibt wie einem städtischen Kreis mit 2,100,000 Bewohnern, ist nicht Schuld der Regierung, die im Ur-Entwurf eine Neueinteilung alle drei Jahre vorsah, sondern Schuld der Liberalen, die durch Lasker die Bevölkerungs-Verteilung im Jahre 1864 als Norm auch für die Zukunft nahmen und so Ungerechtigkeiten schufen, wie sie allerdings und noch schlimmer auch unter englischem System seit Jahrzehnten und länger laut nach Abhülfe schreien.

Für Mitglieder des Heeres und der Marine „ruht" — im Gegensatz zur Verfassung Preußens — das Wahlrecht während der Dauer des Dienstes, da man das Heer, die Schutzwehr gegen eine Revolution, nicht zum Herd aufrührerischer Bestrebungen werden lassen wollte, wie Moltke einmal erklärte.

Diese Tatsache erschwert jetzt eine Lösung; denn der gegenwärtige Reichstag spiegelt in seiner Parteizusammensetzung die Zeit vor dem Kriege und nicht den gegenwärtigen Willen des Volkes. Eine glatte Parlamentarisierung könnte also Elemente, die das Volk nicht will, bis zum Friedensschluß an die Regierung bringen, da eine Neuwahl mit allen Männern im Heeresdienst ausgeschlossen erscheint.

Das ist das eine, das wichtigere Hindernis aber der bundesstaatliche Charakter des Reichs, den die Verfassung mit tausend Sicherungen umgibt, und schließlich — rein technisch — der Parteipartikularismus der Deutschen, die Unmöglichkeit, eine wirkliche Partei-Regierung zu bilden, und daher die Notwendigkeit zu ewigen Kompromissen, Halbheiten, Kämpfen usw.

In England hat das von den normannischen Baronen gegen den König gegründete Parlament den Staat geschaffen. In Deutschland ist umgekehrt, wie Bismarck immer betonte, das Parlament die Schöpfung des Staates, ein Argument, das allerdings nicht ganz stichhaltig erscheint, wenn man zur letzten entscheidenden Instanz heruntersteigt — dem Volk. Denn dieses Volk hat sich im Kampf und Not das Recht der Selbstbestimmung erworben.

Hinge es allein vom Kaiser, von Preußen ab, die Verantwortlichkeit der Minister könnte vielleicht schnell erreicht werden, aber der gesamte Süden, ja nahezu alle anderen Mitglieder des deutschen Bundes sind gegen eine solche Aenderung, in der sie eine Schmälerung ihrer Macht, eine weitere Zentralisierung der Reichsgewalt und eine allgemeine Bedrohung der monarchischen Form sehen. Die „Bayerische Staatszeitung", das Organ des Grafen Hertling, hat die Losung ausgegeben, und alle reaktionären Mächte sammeln sich um die Opposition des Südens.

Wir sind ihnen jetzt schon viel zu liberal, klagte Bismarck einst im Reichstag des Norddeutschen Bundes, als Miquel das Recht der Strafverfolgung gegen Beamte der Reichsschuldenverwaltung forderte, und Reichensperger, Hänel, Twesten, Münster und ihre Gefolgschaft weitergehend auch die Verantwortlichkeit der Bundesminister des Auswärtigen, Kriegs, Handels, der Marine und der Finanzen verlangten.

Und dann fragte er, ob sie vielleicht einen Kreisrichter als eine Art konstitutionellen Hausarzt über den Kanzler stellen wollten.

Windhorst sah die Gefahr für die Selbständigkeit der Einzelstaaten und stimmte gegen Ministerverantwortlichkeit im Reich. Waldeck donnerte, der Staat, der auf Freiheit verzichtet, verdient nicht zu leben, aber Lasker fand das patriotische Wort: Denn ich nur die Wahl habe zwischen der Schädigung des Vaterlandes und dem Aufgeben eines Freiheitsrechtes, so stimme ich heute und werde stets so stimmen: für das Vaterland.

Das Heidelberger Programm Miquels hat schließlich den Nationalliberalismus in dieser Frage ganz umschwenken lassen und auch in der jüngsten Krise nahm die Partei nicht selbst definitiv Stellung, sondern überließ diese dem Gewissen ihrer Mitglieder. Und wie damals Camphausen den vermittelnden Vorschlag einer Ernennung mehrerer Reichstagsmitglieder in eine Schuldenkommission für die Marinebewilligung fand, so auch diesmal Michaelis mit der Ernennung Spahns, Krauses und Müllers zu seinen Helfern.

Der Verfassung nach gibt es nur einen Bundesminister, den Kanzler, der gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist. Als solcher und nicht als Bundesbeamter stimmt er im Bundesrat, wo er den Vorsitz führt. Als solcher müßte er, würde er dem Reichstag verantwortlich, dort diese Verantwortung allein, in Preußen dagegen als primus inter pares mit seinen Ministerkollegen tragen.

Bismarck erkannte alle diese aus der Verfassung entspringenden Schwierigkeiten, die sich einer Parlamentarisierung entgegenstellen, aus der eigenen Erfahrung in Preußen kannte er auch den Dornenweg eines Ministerpräsidenten; der seine Kollegen für die notwendige gemeinsame Aktion vorher zu bearbeiten und zu überzeugen hat. Und so sträubte er sich mit Händen und Füßen gegen eine Einführung des englischen Systems im Reich. Die Zentralisierung ist mehr oder weniger ein Gewaltakt. Wir können weder die Geschichte der Vergangenheit ignorieren, noch die der Zukunft machen. Und er dachte vielleicht auch an das, was an bitterer Kritik über seine Richtungslosigkeit, seine unnütze Vergeudung an Kraft Herbert Spencer von dem parlamentarischen System seiner Heimat gesagt hatte. Vielleicht würde er, ein Lebender, heute auch darauf verweisen, daß alle parlamentarische Macht, wie das Beispiel Englands und Frankreichs zu Beginn des gegenwärtigen Krieges zeigt, den Vertretern des Volkes keinen Einfluß auf die letzten Entschlüsse über Krieg, Frieden und das Abschließen verstrickender Bündnisse gibt.

Der Parlamentarismus ist eben kein Allheilmittel, sondern nur eine autokratisch veranlagten Regierungen ans Rad gelegte Bremse.

Das reaktionäre Wahlrecht in Preußen mußte fallen. Was die Thronrede von 1908 verschwommen versprach, was der Bethmann'sche Entwurf vom Jahre 1910 mit kleinen Mitteln nur zu kurieren gedachte, ist jetzt durch die radikale Operation der Osterbotschaft vom 7. April und die Königliche Verfügung vom 11. Juli vollendet, der entscheidende Schritt zur Demokratie in Preußen, wie der „Vorwärts" eingestand, von der Krone getan.

„Bleiben der deutsche Kaiser und seine Nachfolger diesen Grundsätzen treu," schreibt das sozialistische „Hamburger Echo", so wird in den kommenden Zeiten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen werktätiger Arbeiter fest und sicher ruhen. Denn die deutsche Sozialdemokratie ist unbeschadet ihrer demokratischen Grundsätze nicht darauf erpicht, aus Deutschland eine Republik zu machen, am allerwenigsten eine bürgerliche Republik nach französisch-amerikanischem Vorbild."

Hier ist die Antwort an jene gegeben, die das deutsche Volk gegen seinen Willen und gegen sein Bestes durchaus von den Hohenzollern erlösen wollen.

Nicht deren Absetzung tut not, sondern eine modifizierte Parlamentarisierung, die unter Berücksichtigung des bundesstaatlichen Charakters dem Volk durch seine Abgeordneten die letzte Entscheidung über Krieg, Frieden und alle Bündnisse gibt.

Die Krone hat diesmal Konzessionen gemacht. Den seit Boruffentagen in Bonn dem Kaiser befreundeten Kanzler geopfert und bei der Neubesetzung einiger Aemter die großen Parteien berücksichtigt. Die Wahl Michaelis aber erfolgte ohne Zuratezieheu des Parlaments, denn die Besprechungen des Kronprinzen mit Parteiführern galten nicht dem kommenden, sondern dem fallenden Mann, und in den Konferenzen mit Hindenburg-Ludendorff wurde der Kanzlerfrage überhaupt nicht Erwähnung getan.

Man verzichtete, um Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen, auf den tüchtigen Hintze, der sich zur Revolutionszeit 1905 zaristisch kompromittiert, und wählte, als ersten Schritt der Versöhnung mit England, Kühlmann. Das Bürgertum des neuen Kanzlers ist eine Konzession wie jene, daß er im schlichten Zivil vor dem Reichstag erschien. Aber ist nicht schon seine inzwischen erfolgte militärische „Beförderung" ein Schritt zu einem System zurück, das man für überwunden ansah, zu jener militärischen Maskerade, die des höchsten Civilbeamten unwürdig ist, weil sie ihn auf die Stufe der Platzmajore und Bezirkskommandanten stellt?

Wie der alte Volk anno 70 im bayrischen Parlament den Anti-Deutschen des ultramontanen und sozialistischen Flügels möchte man heute den Zauderern drüben zurufen: Es ist Frühling geworden in Deutschland und eine neue Sonne schmilzt Euch die Schneebälle Eures kindischen Sträubens aus den Händen. Wie an der Kapuziner Gruft der habsburgischen Kaiser klingt dem Gottesgnadentum der Könige auch heute ein "Ignosco" entgegen: ich kenne Dich nicht, öffnet sich aber die Tür weit dem demokratischen Königtum.

Nicht mehr durch Eisen und Blut, sondern durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse der Volksvertretung werden heute die großen Fragen der Zeit entschieden. Der Wille der Könige und Kabinette hat diesen furchtbaren Krieg begonnen, der Wille des Volkes, der alle Opfer tragenden Massen muß ihn beenden.

Wo sind, die einst Freunde waren und vor den Heeren, angetan mit der Rüstung, jetzt den Mut haben, von dieser alten Freundschaft zu sprechen, Glaukos und Diomedes?!

Die Demokratisierung Preußens ist durch seinen König vollendet, der letzte Schritt zu einem Volksreich muß von Seiten des Bundesrats erfolgen, und die Welt wartet auf ihn.

Mit Schlegel möchte man rufen: Ich glaube, daß unter unserm Volk Dinge geschehen werden, wie nie unter einem menschlichen Geschlecht. Allenthalben sehe ich die Spuren des Werdens.

Schleiermacher ahnte den großen allgemeinen Kampf, der kommen mußte und den nicht Könige mit ihren Heeren, sondern die Völker mit ihren Königen führen würden, die große Krise von ganz Deutschland: „und Deutschland ist doch der Kern von Europa".

Fichte aber sah in prophetischer Klarheit über diesen Kampf hinaus das leuchtende Ziel: Ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für die Freiheit des Bürgers — für Freiheit gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt. Nur von den Deutschen, die seit Jahrtausenden für diesen großen Zweck da sind und ihm langsam entgegenreifen; — ein anderes Element für diese Entwicklung ist in der Menschheit nicht vorhanden."

Der Erfinder des Esperanto gestorben.

In Warschau starb der Erfinder des Esperanto, Dr. Ludwig Zamenhof. Unter allen Weltsprachen-Erfindern hat der polnische Augenarzt, der 1859 in Bialystok geboren wurde, den größten Erfolg gehabt. Vor dreißig Jahren trat er mit der aus Bestandteilen einiger romanischen und germanischen Sprachen hergestellten Kunstsprache hervor. Wenn man berücksichtigt, daß schon eine ganze Reihe mißlungener Versuche auf diesem Gebiete vorlagen und jeder ehemalige Anhänger einer solchen verunglückten Bewegung sich als Kronzeuge gegen andere Unternehmungen ähnlicher Art aufwirft, so muß man sagen, daß die Kunstsprache Zamenhofs trotz aller Vorurteile eine starke Anhängerschaft gewonnen hat. Die Ursache dafür liegt in ihrer leichten Erlernbarkeit und in der Möglichkeit für jedermann, der schon eine romanische und eine germanische Sprache beherrscht, sie zu verstehen. Beides mag noch stärker zu ihrer Verbreitung mitgewirkt haben, als das Bedürfnis nach einer allgemeinen internationalen Verkehrssprache, das natürlich seit der babylonischen Sprachverwirrung lebendig ist, dessen Befriedigung aber auch das Esperanto selbst bei stärkstem Erfolg nur sehr bedingt und nur für eine Minderheit der Völker erreichen könnte.

Zamenhof sah jedenfalls seine Schöpfung gedeihen. In zahlreichen Ländern entstanden Esperantisten-Vereinigungen, es entwickelte sich auch eine esperantische Presse und eine ausgedehnte Literatur. Die zahlreichen Anhänger der Weltsprache traten um so eifriger für sie ein, je öfter sie durch Auslandsreisen, Teilnahme an internationalen Kongressen und ähnliches Gelegenheit hatten, die Annehmlichkeiten der erlernten Verständigungsmöglichkeit zu erfahren. Man suchte der Kunstsprache auch dadurch Achtung zu erwerben, daß man bekannte Dichtungen in sie übertrug; der umstrittenste Versuch nach dieser Richtung war die „Iphigenie"-Aufführung in Esperanto anläßlich eines Kongresses in Dresden. Wenn damit auch eine gewisse Anschmiegungsfähigkeit der Kunstsprache erwiesen schien, so mußten und müssen solche Sprachspielereien dem eigentlichen Ziele Zamenhofs, dem zunächst nichts anderes vorschwebte, als eine internationale Verkehrs- und Verständigungs-Erleichterung, doch wesentlich ablenken. In Deutschland sind gegenwärtig Bestrebungen am Werke, die Kunstsprache in den Schulen einzubürgern. Die Hauptgefahr